

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02221) 21 9038/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

35. Jahrgang / 104

3. Juni 1980

Willi Piecyk, Juso-Vorsitzender, über die Perspektiven der künftigen Juso-Arbeit.

Seite 1/2

Rolf Wernstedt SPD-MdL in Niedersachsen warnt vor einer Welle rechtsradikaler türkischer Lehrer, die demnächst in die Bundesrepublik kommen sollen.

Seite 3-5

Helmut Möring MdB erläutert, wie nach einem neuen Konzept die Reservisten der Bundeswehr zur Unterstützung der Streitkräfte eingesetzt werden sollen.

Seite 6/7

Horst Seefeld MdB/MdEP berichtet, wie im Fall einer Initiative zur Rettung von EUROCONTROL erstmals Fachleute aus den nationalen Parlamenten mit der sozialistischen Fraktion im EP über die nationalen Grenzen hinweg zusammenfanden.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02221) 812-1

### Orientierungspunkt für die Jugend

Die Rolle der Jungsozialisten ist wichtiger geworden

Von Willi Piecyk  
Bundesvorsitzender der Jusos

Die Zeiten sind vorbei, in denen die Jungsozialisten sich vornehmlich mit sich selbst beschäftigten. Der innere Zustand der Jungsozialisten hat sich in den letzten zwei Jahren wesentlich verbessert; die Organisation ist wieder handlungsfähig. Mehr junge Arbeitnehmer - Arbeiter und Angestellte - arbeiten in örtlichen und regionalen Vorständen der Jungsozialisten mit; mehr junge Mitglieder im Alter von 16 bis 20 Jahren kommen zu den Jungsozialisten. Nachdem die Jusos ihre Position zur Mitarbeit in den DGB-Gewerkschaften klar formuliert haben, haben sich die Beziehungen zur Gewerkschaftsjugend weiter verbessert. Die Jungsozialisten unterstützen die DGB-Jugend bei den Jugendvertreterwahlen; für die DGB-Jugend sind die Jungsozialisten ein wichtiger Ansprechpartner im politischen Bereich.

- Die Arbeit der Jungsozialisten hat sich verändert. Wenn die Jungsozialisten ihren Anspruch einlösen wollen, die Interessen und Forderungen der arbeitenden Jugend zu vertreten, dann hat das auch Auswirkungen auf die tägliche Jugendarbeit der Juso-Organisation. Weg vom Verhalten einer Studentenorganisation, Weiterentwicklung von Arbeitsformen der Arbeiterjugendbewegung sind nur Stichpunkte: Daß die Jungsozialisten erstmals seit Kriegsende ein großes Pfingstjugendtreffen organisieren konnten ist eine praktische Konsequenz dieser Neuorientierung.
- Bei den Juso-Schülergruppen und den Juso-Hochschulgruppen, die in wichtigen Bereichen der Jugendarbeit jeweils deutlich stärker sind als alle anderen politischen Organisationen, lassen sich gute Entwicklungen feststellen. Es ist sicher auch auf andere Faktoren zurückzuführen, aber vor allem ein Verdienst dieser Projektgruppen der Jungsozialisten, daß der Einfluß der Unionsparteien in Schule und Hochschule so gering ist.



- Die Jungsozialisten sind selbstbewußter geworden. Sie haben gelernt, sich auf ihre eigene Kraft und ihre eigenen Aufgaben zu besinnen. Wenn sie ihren Anspruch sozialistischer Jugendverband der SPD, aber auch gleichzeitig ein Antrieb für sozialistische Veränderung in der SPD zu sein, einlösen wollen, dann müssen sie daran weiterarbeiten, ihren politischen Einfluß bei Jugendlichen weiter zu verbreitern.

Die Linkswendung der Jungsozialisten vor nunmehr elf Jahren hat Auswirkungen für die Politik der SPD gehabt. Veränderte kommunalpolitische Vorstellungen der SPD, aber auch praktische Maßnahmen wie Mieterschutz und Einschränkung der Willkür von Wohnungsmaklern sind auch auf Vorstellungen der Jungsozialisten zurückzuführen. Die Jungsozialisten werden auch in der SPD ihre sozialistischen Positionen weiter konsequent vertreten. Sie werden unbequem bleiben.

Das Verhältnis zwischen Jungsozialisten und ihrer Mutterpartei ist anders geworden. Man redet miteinander, man diskutiert auch hart, aber niemand erwartet vom anderen daß man Meinungen versteckt.

Die Jungsozialisten sind 1980 wieder mehr politischer Orientierungspunkt für große Teile der Jugend. Das war in den letzten Jahren nicht immer so. Als noch Teile der SPD meinten, die Wirksamkeit der Partei am besten dadurch unter Beweis stellen zu können, daß man die eigene Jugendorganisation gänzele, war das anders.

Mit der Weiterentwicklung der Fernsehgesellschaft haben sich auch die Gefahren für die Sozialdemokratische Partei als politisch handelnde Kraft verändert. Nicht nur der Wahlerfolg, nicht nur der Erfolg von Politikerdarstellung in den Medien dürfen Maßstab des Erfolges sozialdemokratischer Politik sein. Eine wichtige Aufgabe der Jungsozialisten ist die Erneuerung der SPD von innen. Die Arbeit in den Ortsvereinen muß wiederbelebt werden. Sozialdemokratische Ortsvereine müssen Ort der offenen politischen Diskussion und sozialer Zusammenhang für die Mitglieder der SPD sein. Der Wahlkampf 1980 wird von den Jungsozialisten als Arbeitsgemeinschaft mit aller Kraft dafür geführt, daß die SPD stärkste Partei wird. Nach den Wahlen wird es eine ebenso wichtige Aufgabe sein, zu verhindern, daß die Partei bis zu den nächsten Wahlen in Urlaub geht.

Die Unionsparteien werden mit den Jusos nicht fertig. Mal stehen die Jungsozialisten kurz vor der "Machtergreifung" in der SPD, mal ist der Bundesgeschäftsführer der SPD aufgefordert, mit linksradikalen Randerscheinungen in der SPD endgültig und für alle Zeiten aufzuräumen.

SPD und Jungsozialisten kann dies gelassen bleiben lassen. Was Franz Josef Strauß zur "Kampfpartei" ausgerufen hat, ist nun einmal ganz anders als die Sozialdemokratische Partei.

Ohne eine über hundert Jahre der Demokratie verpflichtete Tradition lassen sich politisch Andersdenkende leicht diffamieren. Ohne echtes Verständnis für Meinungsvielfalt läßt sich leichtfertig die Forderung formulieren, auch die Sozialdemokratische Partei hätte ihre innerparteiliche Diskussion nach den Prinzipien des Gleichschritts zu organisieren.

Der Wahlkampf gegen die von Strauß proklamierte "Kampfpartei" wird hart werden. Die Jungsozialisten werden mit ihren eigenen sozialistischen Positionen ihren Beitrag dafür leisten, daß die SPD stärkste Partei im nächsten Bundestag wird.

(-/3.6.1980/ks/gat)

+ + +



Graue Wölfe an unseren Schulen?  
-----

Die Türkei will 3.200 Lehrer in der Bundesrepublik durch treue Vasallen ersetzen

Von Rolf Wernstedt MdL

Vorsitzender des Arbeitskreises Kulturpolitik der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion

Aus der Türkei erreicht uns eine alarmierende Nachricht. Nach einem Bericht der türkischen Zeitung Hürriyet soll das nationale Kultusministerium in Ankara beschlossen haben, alle 3.200 türkischen Lehrkräfte und Erzieher, die Kinder von türkischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik in Kindergärten, Grund- und Hauptschulen unterrichten, zurückberufen und durch garantiert regimetreue Lehrer zu ersetzen. Diese neuen Lehrer sollen am heutigen Dienstag einer "Prüfung" unterzogen werden; dieser "Prüfung" soll in absehbarer Zeit dann noch eine "Unterredung" folgen.

Als Grund für die Zurückberufung der bisher hier tätigen türkischen Lehrkräfte wird - so Hürriyet - von den türkischen Konsulaten und Kulturattachés geltend gemacht, diese Männer und Frauen träten in der Bundesrepublik für die Verteidigung der Rechte der Minderheiten in der Türkei ein und förderten praktisch durch die Verbreitung von Links-ideologien die Spaltung der Türkei. Deshalb sollen sie zurück an den Bosphorus. Hürriyet: "Sie müssen dann in der Türkei bleiben, das heißt sie dürfen nicht mehr ins Ausland."

Was die neue "Generation" türkischer Lehrer in der Bundesrepublik leisten soll, ist dem Zeitungsartikel zufolge zunächst nichts anderes als das, was ihre in Mißkredit geratenen Vorgänger sowieso geleistet haben:

- Förderung der Schreib- und Lesefertigkeiten des Türkischen,
- Erziehung der nicht mehr im Schulalter befindlichen Jugendlichen.

Massiv wird allerdings in die Selbstbestimmungsrechte der türkischen Arbeitnehmer in unserem Land mit der dritten Forderung eingegriffen, die besagt: "Verhinderung der Entfremdung". Im Originalton Hürriyet heißt das: "Die erste Aufgabe der im Ausland arbeitenden Lehrer wird sein 'dafür zu sorgen, die Kinder, die das Schulalter erreicht haben, so zu erziehen, daß sie mit unserer nationalen Kultur so eng verbunden werden, daß sie bei ihrer Rückkehr in die Heimat in unser System integriert werden können."

Daß diese Maßgaben den Intentionen des Beauftragten der Bundesregierung für die Probleme der Ausländischen Arbeitnehmer, Heinz Kühn, zuwiderläuft, muß eigentlich nicht besonders betont werden. Er will den hier tätigen Gastarbeitern die Möglichkeit offenhalten, entweder nach einigen Jahren in ihre Heimat zurückzukehren, oder aber auch in der Bundesrepublik als vollberechtigte Staatsbürger zu bleiben - und dies besonders im Hinblick auf die hier geborenen und aufgewachsenen jungen Menschen, die sich unserem Kulturkreis zugehörig fühlen.

Auf jeden Fall ist das, was sich in der Türkei anbahnt und zu uns herüberzuschwappen droht, nicht vereinbar mit dem Gebot der Toleranz, dem sich unser Staatswesen verpflichtet fühlt. Denn: Was rechtsradikale Türken unter dem Mantel religiöser Betätigung in unserem Staat entfachen, und was nun offenbar durch einschlägig vorbelastete Erziehungskräfte in unsere Schulen und Kindergärten hineingetragen werden soll, ist vermutlich der gleiche Geist, den der Verein zur Förderung der Hagia Sophia-Moschee in Berlin jüngst mit einem Flugblatt verbreitet hat. Hier einige Zitate:

"Ein Bildungssystem, das eine unmoralische Weltanschauung des Westens beinhaltet, zwingt uns bedauerlicherweise, gegen unseren Willen unsere Kinder zur Schule zu schicken. Ungläubig erzogene Moslemskinder haben wir dann als Endprodukt.



Moslemkinder, die deutsche Schulen besuchen, werden nicht nur eltern- und heimatfeindlich erzogen; sondern stehen auch unter einem der schlechtesten Einflüsse und neigen zu ethisch minderwertigen Gewohnheiten. Beispiel: Schüler und Schülerinnen dürfen in den Schulen rauchen und Alkohol genießen. Sie können leicht drogenabhängig, sogar süchtig werden. Lehrer- und Schülerkontakte sind vergleichbar mit Inhalten billiger Sexfilme. Mit der einzigen Ausnahme, sich vor dem Lehrer auszuziehen, sind wohl jegliche Schweinereien erlaubt.

Die Treue zum brutalen Nazismus wird gehalten, und man klammert sich an die letzten Reste des barbarischen Faschismus. So existieren menschenfeindliche Organisationen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen und sich Arbeiterwohlfahrt nennen. Parallel zu diesen Organisationen existieren Jugendämter und korrupte Richter.

Diese Arbeiterwohlfahrt und deren Nebeneinrichtungen lassen durch ihre Agenten Moslemkinder dazu überreden, ihre Nestwärme aufzugeben, um sie ihren eigenen Idealen dienen zu lassen. Sie bringen sie zur Ausbildung in Heimen fern von Vater und Mutter unter. Somit wird ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit vollzogen. Die "Unterbringungsheime" sind Brutnester für Prostitution, Heroinhöhlen, Herbergen für Lesbierinnen und stehen unter der Obhut der Bezirksämter. Blutjunge Mädchen dürfen in Heimen tun und lassen, was sie wollen. Sie dürfen kommen und gehen, wann sie wollen und wohin sie wollen. Sie dürfen auch in fremden Wohnungen übernachten, weil sie ihrer Auffassung nach "frei" sind. Kinder müssen "frei" sein und dürfen nicht unter dem Druck strenger Eltern stehen. Dies alles bezeichnen sie mit "Freiheit", und das ist die Weltanschauung der Deutschen; ihre Denkweise ist nun einmal so. Die Aufbaustruktur ihres Gehirns ist so konstruiert, daß sie Flirt und Prostitution der eigenen Tochter sehr leicht hinnehmen können. Und dies alles verstehen sie unter Kultur und Fortschritt. Der Deutsche hat ferner die Absicht, die gesamte islamische Kultur in einem Schmelztiegel mit der seinigen zu verschmelzen, um dann aus dieser Masse Straßenmädchen zu produzieren. Diese Handlungsweise, die mit barbarischen Morden vergleichbar ist, konnte nach außen hin unter der Maske des Friedens- und Schutzensiegels vor den Medien und der Öffentlichkeit geheimgehalten werden. Für diese Organisationen hat man auch Gesetze parat, diese Handlungsweise zu unterstützen. Somit wird die Vernichtung der islamischen Familiennormen vollzogen.

Diese barbarischen Organisationen trennen auch Ehefrauen von ihren Männern, nur weil eine kleine Zwistigkeit vorgekommen ist. Sie haben auch junge Mädchen dem Schoße der Mutter entrissen und sie dem Sumpf der Leidenschaften zugeführt. Wenn auch diese Handlungen der genannten Organisationen entsprechend ihren Moralvorstellungen allgemein als selbstverständlich angesehen werden, so bleiben es doch schreckliche heimliche Morde.

Diese Organisationen, die sich an Kinder ausländischer Arbeiter heranzumachen, schrecken auch nicht davor zurück, die Mütter deren Kinder sie entrissen und Männer, deren Frauen sie entführt haben, zu Straftaten zu animieren, damit sie eingekerkert werden können (Anm. des Übersetzers: und somit diese Taten unentdeckt bleiben). Und dies alles spielt sich unter dem Deckmantel der Hilfe ab. Eine derartige Weltanschauung, die am Arbeitsplatz bis zum Ausaugen des Knochenmarks des ausländischen Arbeiters geht, zielt darauf ab, die Kinder der ausländischen Arbeiter in die oben erwähnten Heime zu zwingen. Das ist die Auffassung von "Hilfe am Menschen". Sie ist nur mit einem modernen europäischen KZ zu vergleichen.

Aufruf an die islamische Welt, Aufruf an die islamischen Türken, Aufruf an alle ausländischen Arbeiter, Mütter, Väter und werktätigen Brüder!

Eure Art, Euer Ansehen und die Intimität Eurer Familien werden mit Füßen getreten. Eure Frauen und Töchter werden zur Prostitution animiert. Wollt Ihr weiterhin gegen die Morde der Arbeiterwohlfahrt und der Jugendämter stumm bleiben?



Mag sein, daß der Begriff der Jungfräulichkeit in Ihren Schulen und Ihrer Gesellschaft kein Wertbegriff mehr ist und Ihre Vorstellungen über Moral und Religion anders sind als die unsrigen; dies gibt Ihnen noch lange nicht das Recht mit unseren Kindern zu experimentieren und Ihre und unsere Anschauungen zu verschmelzen und daraus eine Masse zu machen...

Wir rufen alle Eltern der islamischen Welt auf, gegen diese Organisationen, Bezirksämter, Jugend- und Sportämter, die islamisch türkische Kinder lebendig in den Sümpfen der Unmoral ertränken, zu protestieren. Wir wollen noch erwähnen, daß auch die meisten ausländischen Mitarbeiter dieser Organisation gegen das deutsche Volk stehen und ihre demokratische Weltanschauung als paradox angesehen werden kann.

Nieder mit der menschenfeindlichen Auffassung der Bezirksämter über das Bildungssystem.

Nieder mit der Anwendung eines solchen Bildungssystems für ausländische Kinder.

Nieder mit den barbarischen Organisationen, die islamisch türkische Familiennormen zerstören. . ."

Die Kultusminister der Bundesländer sind aufgerufen, sich schützend vor die hier tätigen türkischen Gastlehrer zu stellen. Insbesondere müssen sie prüfen, wie sie sicherstellen können, daß bewährte türkische Lehrkräfte, die nicht in die Türkei zurückwollen hier bleiben und unterrichten können. Denn in dem dortigen Klima des politischen Neuchelmordes haben sie Schlimmstes zu gegenwärtigen.

Schließlich sollten die Kultusminister schnellstens ein Programm auflegen, das deutsche Lehrer mit der türkischen Sprache und Kultur vertraut macht. Eine Einstellungsgarantie sollte es ermöglichen, diese an die Stelle derjenigen türkischen Kollegen zu setzen, die sich der Zurückbeorderung nicht widersetzen können oder wollen. Auf keinen Fall darf es angehen, daß uns aus der Türkei Lehrkräfte und Erzieher geschickt werden, die auf unsere Kosten die Kinder zur Intoleranz erziehen und die faschistische Ideologie der Grauen Wölfe verbreiten.

Es bleibt zu hoffen, daß Bundesbildungsminister Jürgen Schmude alle diplomatischen Möglichkeiten ausschöpft, um diese Problematik auszuräumen. Gute Gelegenheit wird er dazu wahrscheinlich bei seinem bevorstehenden Besuch in Ankara haben. (-/3.6.1980/hi/ca)

+ + +



**Gerüchten die Grundlage entzogen**  
-----

**Reservisten - Bürger für Freiheit und Frieden**

Von Helmuth Mähring MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Vizepräsident des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr

Die lange Vorarbeit hat sich gelohnt: Eine völlig überarbeitete Reservistenkonzeption ist erlassen und löst die bisherige von 1971 ab. Unter großem Beifall teilte Bundesverteidigungsminister Dr. Hans Apel am Wochenende auf einer Bundes-Informationstagung des "Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V." (VdRBw) dies den Delegierten mit. Dafür gebührt ihm herzlicher Dank!

Reservisten erhalten damit die Chance, innerhalb und außerhalb der Bundeswehr verstärkt sinnvoll genutzt zu werden.

Auch der Reservistenverband wurde mit Lob bedacht. In mühevoller Basisarbeit hat er seinen Konzeptionsanteil dem Minister zugearbeitet. Dafür steht nun in der Konzeption wörtlich: "Außerhalb der Bundeswehr ist der VdRBw besonders beauftragter Träger der Reservistenarbeit. Er erhält dafür Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt." Mit dieser Aussage ist sein Auftrag neu formuliert, allen Gerüchten um ein vorzeitiges Sterben des Verbandes ist endgültig die Grundlage entzogen. Er kann wieder mit neuem Auftrag an seine Arbeit gehen.

Hans Apel machte den Reservisten Mut: Sie, die in diesem Verband ihren Beitrag zahlen, werden für ihre Arbeit die Hilfen der Bundeswehr erhalten, "Trittbrettfahrer" der Bundeswehr soll es nicht mehr geben!

Da die NATO entschlossen ist, ihr Reservistenpotential intensiver zu nutzen, wird auch die Bundesrepublik Deutschland personelle und materielle Ressourcen als Faktoren der Abschreckung und Verteidigung stärker erschließen.

Konkret heißt dies:

Reservisten können künftig verwendet werden

- zur Verstärkung der Vorverteidigung
- im Territorialbereich
- zur direkten Unterstützung alliierter Streitkräfte

Eine alte Forderung des VdRBw ist zudem erfüllt: Nicht mehr mob-verplante Reservisten stehen zur Erfüllung von Aufgaben der Zivilverteidigung zur Verfügung!

Reservisten der Verfügungsbereitschaft sind ein besonders geeignetes Instrument der schnellen Krisenbewältigung, ohne zu eskalieren. Sie sollen in ihrer Bedeutung wachsen.

Wer sich freiwillig meldet, wird bevorzugt eingeplant. Dies ist Anerkennung für verteidigungsbereites Verhalten und Belohnung zugleich.

Während in der Alarmreserve die noch Mob-Beordneten ihre Wehrübungen ableisten, erhalten jetzt viele Nicht-Beordnete der Personalreserve die Chance, sich in den "in sich



strukturierten Nachfüllkontingenten" in Übung zu halten. Dazu dienen sowohl Einzelwehrlübungen, Mobilmachungsübungen ganzer Verbände als auch dienstliche Veranstaltungen. Letztere erhalten neuen Sinn und neue Inhalte.

Wer mindestens drei Wehrlübungen abgeleistet hat und ausgeplant wird, bekommt künftig eine Dankurkunde!

Befördert werden kann der Reservist nur in gleichen Zeiträumen wie der aktive Soldat. Als Belohnung oder Anerkennung anderer Dienste ist eine Beförderung nicht zulässig. Diese Bestimmungen wurden einmütig begrüßt, Reservisten wollen nicht bevorzugte, sie wollen gleichgestellte Partner und Kameraden der Aktiven sein.

Und eine alte Ungerechtigkeit ist beseitigt: Der Reservist, der bisher mit Ablauf des 60. Lebensjahres seinen Dienstgrad verlor, darf diesen nun bis ans Lebensende mit dem Zusatz "der Reserve" behalten und verwenden!

Die Uniformtrage-Erlaubnis bleibt (vorerst) umstrittenes Thema. Sie ist an die gesetzlichen Bestimmungen des Soldatenstatus gebunden. Der Minister sagte aber zu, den VB- und VK-Kommandeuren Weisung zu erteilen, im Wege dienstlicher Veranstaltungen Ausnahmen in Einzelfällen sehr großzügig auszulegen. Eine pauschale Aufhebung wird vom VdRB weder gefordert noch für sinnvoll gehalten.

"Die sicherheits- und verteidigungspolitische Information im Rahmen der Reservistenarbeit ist in erster Linie darauf ausgerichtet, die Reservisten der Bundeswehr in die Lage zu versetzen, hiermit zusammenhängende Probleme sachkundig in der Öffentlichkeit zu vertreten."

Dieser Satz, und die Erkenntnis, daß nicht die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft, sondern die Identifizierung des Bürgers mit der Bundeswehr und ihrem Auftrag Hauptthema der Diskussion um behauptete mangelhafte Verteidigungsbereitschaft unserer Gesamtgesellschaft sein wird, verführte den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Dr. Manfred Wörner, zum Versuch, diese neutrale Info-Tagung streckenweise zu einer CSU-Jubelveranstaltung umzufunktionieren. Seine Bemerkungen von übertriebenen Entspannungsgesprächen hatten durchaus das Flair einer von Strauß empfohlenen "härteren Gangart". Zu fragen bleibt, ob der ausdrücklich in seiner Eigenschaft als Ausschussvorsitzender geladene Politiker nicht nur solchen Mißbrauchsverlockungen widerstehen, sondern gerade vor Reservisten auch den Sinn des Paragraphen 15 des Soldatengesetzes vorbildlich praktizieren sollte, wonach "im Dienst sich der Soldat nicht zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten politischen Richtung betätigen darf." Vielleicht fühlte er sich nicht "im Dienst". Schade, er hat eine Chance vertan.

Abschließen ist zu sagen: Unsere Sicherheit beruht auf innenpolitischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilität, aber auch auf Verteidigungsfähigkeit. Den Frieden zu wahren, die Unversehrtheit der Bundesrepublik zu gewährleisten und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung aufrecht zu erhalten sind die Ziele einer hohen Verteidigungsbereitschaft. Mit gut ausgebildeten und motivierten Reservisten sind diese Ziele zu erreichen.  
(-/3.6.1980/ks/ggt)

+ + +



Ein gelungener Versuch

-----  
Gemeinsame Anstrengungen für EUROCONTROL

Von Horst Seefeld MdB/MdEP

Vorsitzender des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament

Die Verkehrspolitiker der sozialistischen Fraktionen im Europäischen Parlament haben dieser Tage einen gelungenen Versuch gestartet. Zum ersten Mal wurden für ein bestimmtes Fachgebiet die nationalen Fraktionen in den neun Ländern der Europäischen Gemeinschaft gebeten, die jeweiligen Fachleute für Fragen der Flugsicherung nach Brüssel zu entsenden. Die Arbeitsgruppe Verkehr der sozialistischen Fraktion wollte mit ihren Kollegen in den nationalen Parlamenten überprüfen, wie "EUROCONTROL" gerettet werden kann. Die notwendige europäische Zusammenarbeit auf dem so wichtigen Gebiet der Luftsicherheit, würde durch die Nichtverlängerung des bestehenden Vertrages stark gefährdet sein. "EUROCONTROL", so die Europa-Parlamentarier, stellt eine Form europäischer Zusammenarbeit dar, die nicht auf dem Altar nationaler Egoismen geopfert werden darf. Eine nationale Flugsicherung mit etwaigen Problemen bei der grenzüberschreitenden Koordination wäre ein verhängnisvoller Schritt.

Wie die Sozialdemokraten in den einzelnen EG-Ländern diese Problematik sehen, das sollte bei einer Sitzung geklärt werden. Man wollte auch, wenn möglich, eine einheitliche Haltung und abgestimmte Initiativen von Sozialisten im Europäischen Parlament in den nationalen Fraktionen besprechen.

Diese erste Zusammenkunft war erfolgreich. Sie fand im Geiste der Freundschaft und mit dem festen Willen statt, für Europa künftig so weit wie möglich gemeinsame Lösungen zu suchen. Die Teilnehmer brachten aber auch zum Ausdruck, daß dies nur "ein erster Schritt" sein kann. Viele andere Gebiete innerhalb Europas - und nicht nur im verkehrspolitischen Bereich - müßten aus der Stagnation herausgeführt werden. So wurde denn vereinbart, daß die Verkehrspolitiker sich regelmäßiger treffen und dabei bestimmte Sachbereiche aufarbeiten wollen. Für andere politische Bereiche sollten nach dieser ersten Veranstaltung ebenfalls gemeinsame Gespräche zwischen den direkt gewählten Europa-Parlamentariern und ihren Kollegen aus den nationalen Parlamenten stattfinden. Vielleicht gelingt es auf diese Art und Weise wenigstens in einigen Bereichen, den Stillstand zu überwinden. Der Anfang ist gemacht. (-/3.6.1980/hl/gat)

